

Erscheint jeden Mittwoch und Sonnabend

Herausgeber: Westberliner Zeitungsgesellschaft mbH · Verantwortlich für den Inhalt: Carl L. Guggomos · Redaktion und Verlag: 1000 Berlin 15, Wielandstraße 27, Telefon 8 83 40 74 · Dieser Dienst ist nur für persönliche Information bestimmt · Zeitungs-, Funk- und Fernsehredaktionen setzen sich wegen Nachdruck und sonstiger Auswertung mit der Redaktion in Verbindung · Bezugsbedingungen: Inland monatlich DM 5,00 (inklusive Porto); Ausland: Inlandsabonnement plus Porto · Bankverbindung: Bank für Gemeinwirtschaft Berlin, Konto 47 12 (Postschecknummer der BfG 828 00)

**BERLINER
EXTRA
DIENST**

6. April 1968 - 28/11
Einzelpreis DM 0.75

HOCHSCHULGESETZ: INTRIGE GEGEN LINKS-SENATOR STEIN

Zwischen dem rechten Flügel der SPD um Neubauer und der CDU bestehen Absprachen, den vom Senator für Wissenschaft, Prof. Stein, vorgelegten Hochschulgesetz-Entwurf und mit ihm den Senator zu Fall zu bringen. Die beiden vorliegenden Gesetzentwürfe der SPD und der CDU sollen "gemeinsam redigiert" werden; liberale Passagen sollen "ausgespart" und durch reaktionäre oder, wie es heißt, "praktikablere" ersetzt werden. Vom eingebrachten FDP-Entwurf wird nach der Absprache "keinerlei Notiz" genommen. Aus dem zuständigen Ausschuß wird dann ein gemeinsamer Entwurf von SPD und CDU für das Hochschulgesetz hervorgehen.

Das Hochschulgesetz ist jedoch nur der Vorwand für eine offenbar großangelegte Intrige. Ihr soll als erster Wissenschaftssenator Stein, der einzige SPD-Linke im Senat, zum Opfer fallen. Es wird angenommen, daß Stein nach dem Scheitern seiner Vorlage seinen Rücktritt einreicht.

Sowohl der rechtsextremistische Flügel der SPD als auch die CDU sehen die Hochschulgesetz-Frage als Testfall für das Zustandekommen einer Großen Koalition in Westberlin zwischen SPD und CDU an. Der Rechtsflügel der SPD richtet sich darauf ein, diese Koalition noch 1968 - es ist an den Spätherbst gedacht - unter einem Regierenden Bürgermeister Neubauer zustande zu bringen.

WESTBERLIN: SOZIALISTISCHES MAIKOMITEE KONSTITUIERT

Das Regierungskartell von Gewerkschaftsspitzen und Parteien hat in Westberlin zustande gebracht, was weder im kaiserlichen Deutschland noch unter dem Einfluß der bewaffneten Noske-Macht in der Weimarer Republik möglich gewesen ist: den 1. Mai als Kampftag der Arbeiterklasse abzuschaffen. Das steht im Aufruf des in dieser Woche konstituierten "Sozialistischen Maikomitees 1968 Westberlin", dem Mitglieder des Republikanischen Clubs, der Gewerkschaftlichen Studentengruppe an der FU, dem Jüdischen Arbeitskreis, des SDS, des SHB, der Falken, des Sozialistischen Clubs, der Kampagne für Demokratie und Abrüstung und der Jungen Linken in der SPD angehören. Der 1. Mai sei in Westberlin ein Feiertag der "Volksgemeinschaft", die unter dem Druck stalinistischer Politik zustande gekommen sei. Heute, da wirtschaftliche Schwierigkeiten und eine demokratiefeindliche Senatspolitik die Stadt von innen her bedrohten, müsse die Arbeiterklasse Westberlins am 1. Mai ihre Interessen den Herren aus Wirtschaft und Politik deutlich machen. Wie weiter zu erfahren ist, wird das Sozialistische Maikomitee mit Unterstützung des Hamburger Rowohlt Verlags am Nachmittag des 1. Mai in der Deutschlandhalle eine Veranstaltung durchführen, die unter dem Motto "Kampf für direkte Demokratie" steht. Unter dem gleichen Motto findet am Vormittag des 1. Mai die Kampfdemonstration der Westberliner Sozialisten statt. Bis zum 1. Mai sollen Flugblätter und Veranstaltungen die Bevölkerung zur Teilnahme an dieser Kundgebung aufrufen.

LANDGERICHT WESTBERLIN: ERSTE INSTANZ FÜR SPRINGER

In erster Instanz kam der Springer-Konzern vor dem Landgericht Berlin mit seinem Antrag durch, EXTRA-Dienst und Neuss zu verbieten, weiter "zu behaupten", "Bild" habe die Morgenpost-Filialen-Fenster eingeworfen. Neuss hatte in einer in EXTRA-Dienst veröffentlichten Satire unter anderem eine solche Formulierung gewählt. Das schriftliche Urteil liegt noch nicht vor. Das Gericht setzte den horrenden Streitwert von 200 000 DM fest.

DDR-VOLKSENTSCHEID: KEINE FARCE ?

Nicht mit 99 Prozent "Ja"-Stimmen rechnet man in Ostberlin zum Abschluß des Volksentscheids über die neue DDR-Verfassung. Entgegen früheren Wahlgepflogenheiten der DDR-Kommunisten werden die Wähler bei dieser Abstimmung nicht zur öffentlichen Stimmabgabe aufgefordert (auf die Benutzung von Wahlkabinen wird ausdrücklich hingewiesen). Gab es bei den Wahlen in den letzten zwei Jahrzehnten nur die Möglichkeit, den Wahlschein zusammenzufalten und in die Urne zu werfen (was Zustimmung bedeutete), oder aber durchzustreichen (was den Geruch des "Illegalen" an sich hatte), so ist bei diesem Volksentscheid ausdrücklich auch die Möglichkeit vorgesehen, durch Ankreuzen eines vorgedruckten Feldes auf dem Stimmzettel (§ 5 des Wahlgesetzes) mit "Nein" zu stimmen. Dies ist auch der Hauptgrund, warum der Volksentscheid so überraschend kurzfristig (innerhalb von elf Tagen) angesetzt worden ist. Man wollte der westdeutschen Ätherpropaganda keine Gelegenheit geben, sich in einer wochenlangen Abstimmungskampagne auf das "Nein"-Abstimmen einzuschließen. Dieser Überraschungsdreh scheint auch gelungen zu sein, denn in Westberliner und westdeutschen Funk- und Fernsehredaktionen herrschte bis zuletzt Unsicherheit, wie man das neuartige "Ja"- "Nein"-Phänomen behandeln sollte. Politische Beobachter rechnen damit, daß die Auszählung bis zu 15 Prozent "Nein"-Stimmen bringen wird, was in etwa auch der Anzahl unbedingter Regime-Gegner in der DDR entsprechen dürfte. Eine derart unmanipulierte Auszählung brächte die westdeutschen und westalliierten "Rechtsstandpunkte" in Sachen DDR-Selbstbestimmungsrecht in die größte Klemme. Und auch gegenüber den Entwicklungen in der CSSR gewänne Ostberlin eine stabilere Basis. Walter Ulbricht erklärte noch am Donnerstagabend in einer Fernsehrede nicht ungeschickt mit Blick auf weitergehende Reformbestrebungen: "Unsere neue Verfassung enthält alle Grundsätze, welche auch in Zukunft die beständige Weiterentwicklung der sozialistischen Demokratie ermöglichen".

SED-WESTBERLIN: WEG IN DIE CITY

Der Vorstand der SED-Westberlin hat sein Hauptquartier in die City verlegt: Ab kommenden Montag werden die Parteigeschäfte von Büroetagen in Charlottenburg, Wilmsdorfer Straße 165 (Ecke Otto-Suhr-Allee, Telefon 34 01 26) aus geleitet. Damit brechen die Westberliner Kommunisten mit der alten Vorstellung, nur in einem "Arbeiterbezirk" das richtige Arbeitsklima vorzufinden. Bisher befand sich die Parteizentrale im entlegensten Teil Neuköllns, wo selbst langgediente Genossen nicht einfach hinfanden. Der Umzug in die City entspricht dem Wunsch nach intensiverer Öffentlichkeitsarbeit. So stehen in der neuen Zentrale auch Räume für eine konzentrierte Schulungsarbeit und für Diskussionsveranstaltungen zur Verfügung. Die einst verpönte Partei, deren Lokale nicht selten unter stillschweigender Duldung durch die Polizei überfallen und demoliert wurden, wird seit einigen Jahren in der Bevölkerung immer besser toleriert. Galt sie vor dem Mauerbau als Ableger des östlichen Regimes und wurde sie als dessen Prügelknabe behandelt, so erfreuen sich ihre Mitglieder jetzt überwiegend der Respektierung als Westberliner Mitbürger. Nicht zuletzt dieser Klimawandel hat der Partei allein im letzten Jahr etwa 850 neue - überwiegend junge - Mitglieder zugeführt.

KOMMUNE I : BALD AUF DER LEINWAND ZU SEHEN

Die Mitglieder der Westberliner Kommune I sind unter Umständen noch in diesem Jahr als Selbstdarsteller auf der Filmleinwand zu sehen. Der Kommune liegt ein Filmangebot eines süddeutschen Produzenten vor, in einem auf drei Episoden angelegten Streifen eine

Episode zu gestalten. Das Angebot erstreckt sich auch auf die Ausarbeitung des Drehbuchs. Wie zu erfahren ist, wird die Entscheidung über die Realisierung des Projekts schon in der kommenden Woche fallen.

BONN: "LEICHTE STEIGERUNG DER LINKSRADIKALEN"

Im Laufe des Monats April wird das Bundesinnenministerium seinen "Erfahrungsbericht zum Linksradikalismus in der Bundesrepublik Deutschland 1967" veröffentlichen. Der Bericht, der ähnlich wie der bereits veröffentlichte Bericht zum Rechtsradikalismus im wesentlichen auf Berichten und Einschätzungen der Geheim- und Nachrichtendienste Bonn fußt, wird Bonner Informationen nach u. a. folgende Zahlen enthalten:

Die Zahl der Links-Parteien hat gegenüber 1966 von 6 auf 7 zugenommen, die Mitgliederzahl von 7300 auf 9350. Die Zahl der linken Jugendgruppen erhöhte sich von 21 auf 29 (jetzt 3500 Mitglieder statt 1750), sonstige linke Gruppen gibt es 106 mit 27 000 Mitgliedern (1966: 26 000 Mitglieder). Verlage der Linke gibt es laut Bundesinnenministerium jetzt 39 (1966: 40). Die Gesamtauflagezahl der "linksradikalen Periodika" wird für 1967 mit 185 000 angegeben. Das Ministerium nennt 6 von 40 Zeitschriften, die eine Auflage von über 10 000 Exemplaren haben: "Aktuelle Frauenpost", "Blinkfuer", "Deutsche Volkszeitung", "Die Tat", "elan - Zeitschrift für internationale Jugendbewegung" und "tatsachen". Nach dem Bonner Bericht verzeichneten die linken Gruppierungen, vor allem die Jugendverbände, wachsende Mitgliederzahlen; die linken Publikationen zeigten nach dem Bericht eine fallende Auflagentendenz. Das Innenministerium behauptet, 1960 hätten linke Publikationen eine Auflage von 634 700 erreicht, 1963 noch 333 000 und 1966 nur noch 198 600.

JÜDISCHE STUDENTEN: BUNDESVERBAND KONSTITUIERT

Seit dem 1. April gibt es einen neuen Studentenverband: In Schmitten im Taunus gründeten jüdische Studenten aus Westberlin, München, Stuttgart, Düsseldorf und Frankfurt den "Bundesverband jüdischer Studenten in Deutschland" (BJSD). Der neue Verband versteht sich als Opposition innerhalb der Jüdischen Gemeinde, die unter der Führung des Zentralrats der Juden in Deutschland eine mehr und mehr konformistische Haltung einnimmt.

NORDRHEIN-WESTFALEN: ZENSUR DER SCHÜLERZEITUNGEN ABGESCHAFFT

Die unabhängigen und sozialistischen Schülergruppen in Nordrhein-Westfalen konnten einen ersten Erfolg verbuchen: In einem Erlaß hat der sozialdemokratische Kultusminister Holthoff mit sofortiger Wirkung die bisher übliche Vorzensur der Schülerzeitungen durch die Lehrerkollegien oder durch einen "Vertrauenslehrer" abgeschafft. Das Grundrecht der freien Meinungsäußerung und das der Pressefreiheit stehe auch Schülern zu, heißt es in dem Erlaß.

KRIEGSDIENSTVERWEIGERER: IdK IN AUFLÖSUNG

Nachdem im letzten Jahr die Fusion der beiden großen westdeutschen Kriegsdienstverweigererverbände IdK und VK gescheitert ist, treten immer mehr Gruppen der "Internationale der Kriegsdienstgegner" zum "Verband der Kriegsdienstgegner" über. In den ersten Monaten 1968 waren dies die Gruppen in Ulm, Bremen, Oldenburg und Duisburg. Auch die Gruppe Hannover hat ihren Mitgliedern den Übertritt zum VK nahegelegt. - Inzwischen verhandelt die IdK mit der "Deutschen Friedensgesellschaft" (DFG) über eine Fusion. Letzten Informationen nach soll der Zusammenschluß auf einer Bundestagung am 22. und 23. Juni 1968 in München erfolgen. Die DFG, deren Präsident Martin Niemöller ist, beschloß die Fusion bereits mit einer Zweidrittelmehrheit.

BERGISCH-GLADBACH: DREIGROSCHENOPER ABGESETZT

Der Kulturreferent der Stadt Bergisch-Gladbach, Herbert Kranzhoff, hat die Absetzung eines Oberhausener Gastspiels der "Dreigroschenoper" durchgesetzt. Den Theaterbesuchern wurde erklärt, die Umbesetzung sei "wegen Erkrankungen" erfolgt. Der Hintergrund: Kranzhoff mißbilligte die durch den Oberhausener Regisseur Günther Büch vorgenommene Neuinszenierung des Brecht-Stückes, die aktuell auf die Kohlenkrise im Ruhrgebiet einging. In der Oberhausener Inszenierung sind auf der Bühne demonstrierende

Arbeiter des Reviers unter roten Fahnen zu sehen; auf eine Leinwand werden Fotos vom Krieg in Vietnam, von der Rassenunterdrückung in den USA und von dem in Westberlin erschossenen Studenten Ohnesorg projiziert; die "Internationale" und das Arbeiterlied "Brüder zur Sonne, zur Freiheit" werden auf der Bühne gesungen. Kranzhoff sagte Mitarbeitern des Kulturamtes, rote Fahnen und die Internationale kämen in Bergisch-Gladbach nicht auf die Bühne. Statt des Brecht-Stückes wurde die Patrick-Komödie "Eine etwas sonderbare Dame" gespielt. - Im Ruhrgebiet ist die aktualisierte "Dreigroschenoper" der größte Theatererfolg der letzten drei Jahre. Oberhausen ist ständig ausverkauft. In zahlreichen Gastspielorten müssen Wiederholungen angesetzt werden, weil - wie etwa in Mülheim/Ruhr - hunderte von Arbeitern keinen Einlaß mehr fanden. Das "Dreigroschenoper"-Publikum setzt sich, im Gegensatz zu der Zeit vor 1933, vorwiegend aus Arbeitern und Angestellten zusammen.

AKTION "KINDER-KOMMUNE": SCHON ZWEI KINDERGÄRTEN IN BERLIN

In Neukölln und Schöneberg wurden jetzt die ersten "linken Kindergärten" (EXTRA-Dienst 8/II) eröffnet. In Neukölln wurde ein Ladengeschäft gemietet, in dem jetzt zwei Gruppen mit jeweils acht Kindern im Alter von 2 1/2 bis 4 Jahren untergebracht sind. In Schöneberg arbeitet eine Gruppe mit ebenfalls acht Kindern. Weitere "Kinder-Kommunen" - dieser Name wurde als Titel für die Projekte diskutiert - sollen in allen Westberliner Bezirken entstehen, sobald dafür Gelder aus Spenden zur Verfügung stehen (Spendenkonto Kindergartenprojekt, Berliner Bank, 99/83693). Der Arbeitskreis "Emanzipation" im Republikanischen Club, der diese Kindergärten organisiert, steht allen Interessierten offen. Bisher schwankt die Teilnehmerzahl der regelmäßigen Mittwochrunden, in denen hauptsächlich politisch-pädagogische Probleme erörtert werden, zwischen 50 und 80, meist Studentinnen, Hausfrauen und Angestellte. Auf der letzten Sitzung des seit zwei Monaten existierenden Arbeitskreises wurde folgende Grundsatz-Erklärung verabschiedet:

"Daß Frauen sich zusammensetzen, zeigt, daß es Konflikte geben muß, die bisher von keiner Partei, von keiner linken Organisation artikuliert, geschweige denn ernst genommen worden sind. Frauen haben das Bedürfnis, endlich nicht mehr benachteiligt zu werden, weil sie Kinder kriegen. Sie werden aber in unserer Gesellschaft benachteiligt, denn sie können sich nicht so uneingeschränkt für ihre Karriere einsetzen wie der Mann. Der individuelle Rettungsversuch, keine Kinder zu kriegen, überbrückt auch nicht das gesellschaftliche Bild von der Frau mit Kind und deren allgemeine gesellschaftliche Dif-famierung. So sind Frauen darauf angewiesen, die Arbeit anzunehmen, die übrig bleibt, die schlecht bezahlt wird, oder das sogenannte 'Private' zum Beruf zu machen als Kindergärtnerin oder als Straßenmädchen. Sie sind ökonomisch benachteiligt und deshalb doppelt angewiesen auf den Mann, auf die Gesellschaft, wenn sie Kinder haben. Diese Gesellschaft kann deshalb auch bestimmen, wie Frauen zu sein haben: Freizeitobjekte, Abladeplätze für den Ärger tagsüber, damit dieser nicht bearbeitet werden muß. Frauen sind so zu Institutionen schattenhafter Kommunikation geworden. Sie sollen sich auf etwas konzentrieren, das in unserer ent-erotisierten Gesellschaft generell versagt bleibt. Dadurch ist ihnen die Frustration stärker bewußt als den Männern. Das macht Frauen aggressiver und feindseliger. Frauen wollen aber nicht länger mehr dazu gezwungen sein, diese Feindseligkeit gegen sich selbst, gegen den Mann, mit dem sie zusammenleben, gegen ihre Kinder zu richten.

Deshalb wollen sie aus dem Mittel zu ihrer Unterdrückung - den ins Private verdrängten Kindern - ein Kampfmittel gegen die bestehende Gesellschaft machen, wollen durch sie das arbeitsteilige Leistungsprinzip dieser Gesellschaft angreifen. Sie hören auf, die Kindererziehung isoliert privat zu regeln und beginnen, Kindergärten zu gründen. Nur so können sie über die gesellschaftliche Funktion der verdrängten Kinderfrage etwas erfahren. Nur so können sie das Vorurteil zerbrechen, daß die Erziehung der Kinder nur Sache der Mütter ist, erfahren, ob der Zwang zur unmittelbaren Kommunikation mit Kindern unter Umständen allgemein therapeutische Wirkung haben kann auf die Kommunikationsfähigkeit Erwachsener.

Nur so können sie erreichen, daß ihre Kinder jetzt schon die Möglichkeit haben, in kleinen Gruppen echte soziale Kontakte zu entwickeln. Nur so könnten sie politisch arbeiten,

ohne daß ihre Kinder ein Leben lang darunter leiden werden, überforderte Mütter gehabt zu haben.

Dazu brauchen wir viele Räume und viel Geld, sie einzurichten. Unser Geld reichte nur für einen Laden in Neukölln und einen Laden in Schöneberg. Dort wird schon gearbeitet. Wir brauchen aber viele Kindergärten, damit für alle die Möglichkeit besteht, praktisch dabei zu sein.

Wir richten uns deshalb mit der Bitte an alle, uns durch Spenden in unserer Arbeit zu unterstützen."

HANNOVER: GRIECHENLAND-DEMONSTRATION AM 21. APRIL

Am 21. April, dem Sonntag nach Ostern, wird vor der Oper in Hannover eine Großkundgebung aus Anlaß des 1. Jahrestages des faschistischen Putsches in Griechenland stattfinden. Der Kundgebung voraus geht ein Demonstrationszug durch die Stadt, der am Klagenmarkt beginnt. Veranstalter ist die "Aktionsgemeinschaft für Freiheit und Demokratie in Griechenland", in der die Studentenverbände, Jungsozialisten, Falken, Gewerkschaftsjugend und die griechische Zentrumsunion des Ex-Ministerpräsidenten Papandreou zusammengeschlossen sind. Redner auf der Kundgebung sollen Andreas Papandreou und das DGB-Vorstandsmitglied Günter Stephan sein. - Die Aktionsgemeinschaft wird politisch verfolgte Griechen in der Bundesrepublik und in Westberlin in Fragen der Arbeits- und Aufenthaltsgenehmigungen beraten und hat zu diesem Zweck Vorgespräche mit den deutschen Behörden aufgenommen.

PERSONALIEN

DIETER HILDEBRANDT, seit zehn Jahren Redakteur der "Frankfurter Allgemeinen Zeitung", hat jetzt sein Blatt verlassen, weil es einen kritischen Kommentar aus seiner Feder zum Vietnam-Krieg nicht druckte. Die Hamburger "Zeit" veröffentlichte in ihrer Ausgabe vom 5. April den Artikel, in dem es u. a. heißt: "Nur wer diesen Krieg als unseren begreift, kann die verzweifelte Redlichkeit des Aufrufs ermessen: Schafft viele Vietnams, diesen widersprüchlichen Aufruf, der Frieden mit Unfrieden erkaufen will, der Gewalt in Kauf nimmt, um Terror zu beenden, der Unruhe sät, um in Vietnam Ruhe zu stiften..."

VOLKER LUDWIG, Westberliner "Reichskabarett"-Chef, wurde in einer Story über Wolfgang Kielings West-Ost-Alleingang von der Programmzeitschrift "Bild und Funk" als Kronzeuge für die Motive des prominenten Schauspielers zitiert: "Auch mit seiner Hauptleidenschaft, den Damen, scheint es wohl vorbei zu sein. Was mich allerdings überrascht, daß ein so kluger Mann ausgerechnet den dümmsten aller dummen Argumente deutscher Anti-Kommunisten folgte: Geh zu Ulbricht, wenn's dir bei uns nicht paßt." Ludwig, der nur einmal in seinem Leben "zwei Sätze" mit Kieling gewechselt hat, von der Illustrierten aber als "Freund Kielings" genannt wird, hat bei der Chefredaktion Berichtigung verlangt: Weder wörtlich noch sinngemäß habe er solche Ausführungen gemacht: "Vielmehr sehe ich keinen Anlaß, an dem Inhalt seiner Presseerklärung als Motiv für seine Übersiedlung zu zweifeln. Seinen Entschluß, den ich im übrigen voll und ganz respektiere, bedauere ich nur deshalb, weil wir Männer von einer persönlichen Integrität und einem politischen Bewußtsein wie Wolfgang Kieling gerade in Westberlin dringend nötig haben."

HEINZ WESTPHAL, SPD-Bundestagsabgeordneter und ehemaliger Vorsitzender der sozialistischen Jugendorganisation "Die Falken", erntete bei der Kreisdelegiertenkonferenz der SPD in Wanne-Eickel (Ruhrgebiet) stürmischen Beifall, als er in wohlgesetzten Worten die demonstrierende Jugend verteidigte. Im Beifall ging die Quellenangabe unter: Westphals Schlußsatz: "Dies sagte Mao Tse-tung".

MITTEILUNGEN DES REPUBLIKANISCHEN CLUBS

SONNABEND, 6. April, 20 Uhr: Clubmitglied Neal Ascherson, Deutschland- und Osteuropa-Korrespondent des Londoner "Observer", berichtet über die Eindrücke seiner Reise in die CSSR. Er wird begleitet von Ladislav Porjes, DDR-Korrespondent von Radio Prag.

DER REPUBLIKANISCHE CLUB ist ab sofort täglich, außer Dienstag, ab 17 Uhr geöffnet. Am Dienstag ist der RC nach wie vor ganztägig geschlossen.

WESTBERLINER FALKEN: LUXEMBURG- UND LIEBKNECHT-STRASSE

Der Vorsitzende des Westberliner Landesverbandes der Sozialistischen Jugend Deutschlands "Die Falken", Alfred Gleitze, hat 400 Persönlichkeiten und Organisationen der Bundesrepublik und Westberlins in einem Schreiben gefragt, ob sie bereit sind, eine Ehrung der am 15. Januar 1919 ermordeten Sozialisten Rosa Luxemburg und Karl Liebknecht anlässlich des 50. Todestages im kommenden Jahr zu unterstützen. Die Antworten sollen zu einer Dokumentation zusammengestellt werden, um mit größerem Gewicht an parlamentarische Körperschaften herantreten zu können: Diese sollen nach Vorstellung der "Falken" eine Straße in Westberlin nach den beiden Sozialisten benennen.

VON SPRINGER EINGEKauft: FEST UND SCHWAB-FELISCH

Überraschung hat die Zusammensetzung des neuen "Planungsrates" des zum Springer-Konzern gehörenden Ullstein-Buchverlages ausgelöst. Dem Beirat gehören an: Waldemar Besson (Ordinarius für Neuere Geschichte in Konstanz), Johannes Gross (Abteilungsleiter beim Deutschlandfunk), Hans Schwab-Felisch (früher Feuilleton-Chef der FAZ, jetzt WDR-Chef in Düsseldorf) und Joachim C. Fest (früher "Panorama", jetzt beim "Spiegel").

BUNDESWEHRÜBUNG: MIT MG'S GEGEN AUSSERPARLAMENTARISCHE OPPOSITION

Einen scharfen Protest gegen die militärische Übung von Reservisten der Bundeswehr in Düsseldorf, wobei mit Maschinengewehren und Panzerfäusten gegen die Außerparlamentarische Opposition vorgegangen wurde, hat das "Republikanische Centrum Düsseldorf", eine Schwesterorganisation des Westberliner Republikanischen Clubs, bei der Landesregierung in Düsseldorf eingelegt. Der angenommene Grund der 12tägigen Übung: "Saalschlachten, Krawalle und Straßenkämpfe der außerparlamentarischen Opposition, die eindeutig von Feindkräften gesteuert werden". An der Übung nahmen 82 Mann teil. Das RC Düsseldorf an die Landesregierung:

"Hier wurde offiziell der Notstand gegen die 'außerparlamentarische Opposition' geprobt. Der Kommentar des Truppenkommandeurs, Oberstleutnant Robert Zimmermann, daß die 12-tägige Übung sich gegen jene Kräfte der außerparlamentarischen Opposition richte, 'die eindeutig erkennbar von Feindkräften gesteuert werden', ist im höchsten Grade alarmierend, da diese Formulierung durchaus die Deutung nahelegt, daß mit der Bezeichnung 'Feind' jene Kräfte gemeint sein könnten, die als außerparlamentarische Opposition um die Erhaltung der grundgesetzlichen Freiheiten bemüht sind.

Der Vorstand des 'Republikanischen Centrum Düsseldorf' fordert die Landesregierung von Nordrhein-Westfalen auf, diese Vorfälle zu untersuchen und hierzu Stellung zu nehmen. Wir bitten vor allem um befriedigende Aufklärung, aufgrund welcher Erlasse oder Gesetze Reservistenübungen vor Verabschiedung der Notstandsgesetze unter bürgerkriegsähnlichen Voraussetzungen stattfinden können, und welche konkreten Merkmale eine Demonstration oder einen Streik als von 'Feindkräften gesteuert' charakterisieren, um welche 'Feindkräfte' es sich möglicherweise handeln könnte, um gegen Bürger des eigenen Staates mit Maschinengewehren und Panzerfäusten vorgehen zu können."

STERNMARSCH AM 11. MAI: 30 000 WERDEN DEMONSTRIEREN

70 Vertreter der Gruppen und Organisationen der Außerparlamentarischen Opposition der Bundesrepublik und Westberlins haben beschlossen, den Sternmarsch gegen die Notstandsgesetze auf Bonn anlässlich der 2. Lesung im Bundestag am 11. Mai 1968 durchzuführen. Die Durchführung des Sternmarsches hat das "Kuratorium Notstand der Demokratie" übernommen. Es wird mit 30 000 Demonstranten gerechnet. Das Kuratorium hat die EXTRA-Dienst-Veröffentlichung der geheimen NATO-Pläne, wonach die USA sich für Notstandsfälle weitgehende Rechte zum Eingriff in die Souveränität der NATO-Mitgliedsstaaten vorbehalten haben, zum Anlaß genommen, die Bundesregierung aufzufordern, sich zum Inhalt dieses Papiers zu äußern.

EXTRA - Dienst Nummer 28/II hat eine verbreitete Auflage von 3 600 Exemplaren

Ostermarsch '68

SCHLESWIG-HOLSTEIN UND HAMBURG

Samstag, 13. April 1968:

14 Uhr Kundgebung in Glücksburg, anschließend Marsch nach Flensburg, gegen 18 Uhr Kundgebung in Flensburg auf dem Berliner Platz beim Deutschen Haus, 20 Uhr Abendveranstaltung im Hotel Norden.

Autokorso von Hamburg nach Lüneburg und Stade, ab 8 Uhr in Lüneburg Flugblattaktionen, Schilderdemonstrationen, 9.30 Uhr Kundgebung vor dem Schlachthof, anschließend Fahrt nach Stade, 11.30 Uhr Demonstration durch Stade, 12 Uhr Kundgebung vor dem Zeughaus.

Sonntag, 14. April 1968:

13.30 Uhr Marsch vom ZOB durch Lübeck zum Platz an der Fischerstraße, 15 Uhr Kundgebung, anschließend Marsch zum ZOB zurück, Ende gegen 17 Uhr.

17.45 Uhr Kundgebung auf dem Vinetaplatz, 18.30 Uhr Fackelmarsch vom Vinetaplatz in Kiel-Gaarden durch den Stadtteil Gaarden, 20.30 Uhr Abendveranstaltung in der Mensa der Neuen Universität in Kiel-Westring.

Montag, 15. April 1968:

Treffpunkt 10 Uhr in Hamburg beim Amerikahaus (Moorweide), Demonstration durch Hamburg, 16 Uhr Schlußkundgebung auf der Moorweide.

BREMEN - BREMERHAVEN

Samstag, 13. April 1968:

Demonstration in Bremerhaven, Treffpunkt 9 Uhr an der Bükenstraße/Friedrichstraße, Kundgebung 12 Uhr auf dem Theodor-Heuß-Platz.

Montag, 15. April 1968:

Sternmarsch durch Bremen, Marschbeginn um 10 Uhr in Sebaldsbrück (Straßenbahn-Endstelle) und um 10 Uhr Waller Bahnhof, 12 Uhr Schlußkundgebung auf dem Bremer Domshof.

NORDRHEIN-WESTFALEN

Samstag, 13. April 1968:

10 Uhr Kundgebung auf dem Alten Markt in Bielefeld.

8.45 Uhr Eröffnungskundgebung Dellplatz in Duisburg, Marsch durch Oberhausen nach Essen, 17 Uhr Kundgebung auf dem Ehrenzeller Markt in Essen.

Sonntag, 14. April 1968:

10 Uhr Gottesdienst, 11 Uhr Kundgebung auf dem Katernberger Markt, Marsch durch Gelsenkirchen, Wattenscheid nach Bochum, 17 Uhr Kundgebung auf dem Buddebergplatz in Bochum.

Montag, 15. April 1968:

12.30 Uhr Kundgebung Alter Markt (Rathaus) in Dortmund, 13 Uhr Marsch durch die Dortmunder Innenstadt, 16 Uhr Schlußkundgebung in der Westfalenhalle.

NIEDERSACHSEN

Samstag, 13. April 1968:

Aktivitäten in einzelnen Orten in Braunschweig, 10 Uhr Treffpunkt am Kohlmarkt, Marsch durch die Stadt, 12 Uhr Kundgebung auf dem Kohlmarkt; 20 Uhr Podiumsdiskussion „Warum geht die Jugend auf die Straße? — Demokratie und Demonstration“; den ganzen Tag über Informationsstände, Flugblattverteilungen, Geldsammlungen für Vietnam.

In Hannover tagsüber Informationsstände, abends 20 Uhr Podiumsdiskussion.

In Minden tagsüber Informationsstände, Demonstrationmarsch und Kundgebung. In Wolfsburg und in Göttingen tagsüber Informationsstände.

Sonntag, 14. April 1968:

Großer Aktionstag in Hannover: Flugblattverteilungen, Informationsstände und Sammlungen für Vietnam vor Kirchen, an Ausflugsstätten, Kinos und Theatern. Abends im Wülfeler Biergarten: Festival „Jugend 68“, ab 18 Uhr Podiumsdiskussion, ab 20 Uhr Protest- und Folksong, Lyrik, Kabarett und Tanz.

Montag, 15. April 1968:

Marsch durch Hannover, Treffpunkt 12 Uhr Vier Grenzen, 16.30 Uhr Schlußkundgebung auf dem Platz vor dem Opernhaus.

WÜRTTEMBERG/BODENSEE

Samstag, 13. April 1968:

Aktionstage in allen größeren Städten Württembergs.

Sonntag, 14. April 1968:

Zentraler Aktionstag in Ludwigsburg mit Kabarett-Veranstaltung und teach-in. Treffpunkt 11 Uhr Schillerplatz, Ludwigsburg.

Montag, 15. April 1968:

Marsch ab Stuttgart-Zuffenhausen, Treffpunkt 10 Uhr Bahnhof Stuttgart-Zuffenhausen, Kundgebung 11 Uhr Rathausplatz, Stuttgart-Zuffenhausen. Marsch durch Stuttgart, 16.30 Uhr Schlußkundgebung auf dem Schillerplatz in Stuttgart.

SÜDBAYERN

Samstag, 13. April 1968:

Aktionstage in den größeren Städten, insbesondere in München, Augsburg, Passau, Kempten, Regensburg und Ingolstadt.

Sonntag, 14. April 1968:

Matinee-Veranstaltung: Vietnam und Deutschland.

Montag, 15. April 1968:

10.30 Uhr Eröffnungskundgebung am Platz der Opfer des Nationalsozialismus, Marsch durch München-Süd, 14.30 Uhr Zwischenkundgebung am Viktualienmarkt, Marsch durch München-Nord, 17 Uhr Schlußkundgebung im Alten Botanischen Garten.

NORDBAYERN

Samstag, 13. April 1968:

Aktionstage in den größeren Städten, insbesondere in Erlangen, Fürth und Nürnberg.

Sonntag, 14. April 1968:

Tagesdemonstration durch Nürnberg, 16 Uhr Schlußkundgebung und Ostermarsch-Revue in der Meistersingerhalle.

BADEN/PFALZ/SAAR

Samstag, 13. April 1968:

Saar: 8.30 Uhr Neunkirchen, Abmarsch am Stummendenkmal, Marsch nach Saarbrücken, 12.45 Uhr Kundgebung vor der Johanniskirche in Saarbrücken.

Pfalz — Nord- und Mittelbaden: 10 Uhr Ludwigschafen, Abmarsch am Feierabendhaus der BASF, Marsch durch Ludwigschafen und Mannheim, 12.15 Uhr Kundgebung auf dem Lechleitertplatz in Mannheim; 15 Uhr Heidelberg, Abmarsch an der Albertuskirche, Kundgebung, Aktionen auf dem Schloß; 20 Uhr Kabarett „Die Nadelspitzen“, Liederkransaal.

Südbaden: Aktionen in Freiburg, Emmendingen und Offenburg.

Sonntag, 14. April 1968:

Saar: Flugblatt-Verteilungen vor Kirchen (vormittags) und in Parks (nachmittags) in ca. 20 Städten und Gemeinden des Saarlands.

Pfalz: Aktionen im Militärzentrum Baumholder.

Baden: 11 Uhr Pforzheim Abmarsch am Marktplatz Brötzingen, 12.45 Uhr Pforzheim-Dillstein Kundgebung, 14 Uhr Abfahrt nach Ludwigsburg, Aktionen in Ludwigsburg.

Montag, 15. April 1968:

Aus Pfalz und Saar Teilnahme am Marsch in Frankfurt und an der Schlußkundgebung in Frankfurt; aus Baden Teilnahme am Marsch von Kornwestheim—Stuttgart und an der Schlußkundgebung in Stuttgart.

HESSEN/RHEINLAND

Samstag, 13. April 1968:

Aktionstage in Kassel und Mainz. In Frankfurt, 9 Uhr Eröffnungsbesprechung auf dem Römerberg, 10 bis 14 Uhr an 15 Plätzen Informationsstände in der Innenstadt; an den Ständen finden kleine Revue-Veranstaltungen mit Songs, Gedichten von jungen Leuten und Bands statt; Haus- und Straßensammlungen für Vietnam, Autokorso durch die Frankfurter Innenstadt; 12—12.05 Uhr Verkehrsruhe für Vietnam; 15—17 Uhr Beat und Lyrik im Zeit auf dem Römerberg; 20 Uhr, Ostermarsch-Revue in der Kongreßhalle.

Sonntag, 14. April 1968:

Ostermarsch, Beginn 10 Uhr, Marktplatz in Hanau, Marsch nach Offenbach, 17.30 Uhr Kundgebung in der Stadthalle Offenbach, 20 Uhr Tanzveranstaltung für junge Leute mit Beat und Jazz in der Stadthalle.

Montag, 15. April 1968:

Ostermarsch von Offenbach nach Frankfurt, Abmarsch 10 Uhr Wilhelmplatz und Ostermarsch von Frankfurt-Höchst nach Frankfurt, Abmarsch 10 Uhr Marktplatz Höchst, 15 Uhr Schlußkundgebung auf dem Römerberg.

HINWEISE DER REDAKTION

LÄSTERSONGS UND MORALISCHE LIEDER gibt es jeden Sonnabend im April um 23 Uhr im Reichskabarett zu hören. Vorgetragen werden sie von "Schober + Black".
IN UNSEREN BÜCHERTIP der letzten Woche hat sich ein Druckfehler eingeschlichen. Seeligers Buch "Die Außerparlamentarische Opposition" hat natürlich nicht 22, sondern 200 Seiten Umfang.

WITZ DER WOCHE

Ein sozialdemokratischer anonymer Dreisterne-Autor gibt in der letzten Nummer des SPD-Organs "Die neue Gesellschaft" bekannt, wer daran schuld ist, daß es keine neue Außenpolitik gibt: Diejenigen nämlich, die das feststellen. Formuliert wird das so: "Daß es keine neue Außenpolitik der Bundesrepublik gebe, behaupten einige Kommunisten und einige Christliche Demokraten. Die Behauptung ist falsch, gleichgültig, von wem sie kommt. Wer sie aufstellt, erreicht damit, ob er will oder nicht, daß sich nichts ändert".

ZITAT DER WOCHE

"Nicht die Springer-Zeitungen sind eine Gefahr, sondern die links-orientierten Organe zum Beispiel der 'Spiegel' und der 'stern' mit dem Hitler-Bewunderer und Lübke-Kritiker Nannen, die voll damit beschäftigt sind, den westdeutschen Staat zu unterminieren", erklärte der in Bonn lebende dänische Journalist Henrik Bonde-Henriksen in einer Sendung des dänischen Rundfunks.

EXTRA-DOKUMENTATION

SPD-PARTEITAGSDISKUSSION: WAS IST SOZIALDEMOKRATISCH (II)

EXTRA-Dienst beschließt heute mit dem zweiten Teil die Veröffentlichung von Auszügen aus der Generaldebatte des SPD-Bundesparteitages in Nürnberg. In der Debatte ging es vordergründig um die Ausschlüsse von Harry Ristock und Erwin Beck durch den Westberliner Landesvorstand. Der Hintergrund der Diskussion: Der Versuch einer Verteidigung und Abgrenzung der SPD gegenüber der Außerparlamentarischen Opposition.

REINHARD SCHOLZ, WESTLICHES WESTFALEN:

Der Genosse Neubauer hat heute alle Vorrechte der Demokratie in Anspruch nehmen können und seine Meinung hier offen vertreten. Darunter waren auch Angriffe gegen Menschen, die sich hier nicht verteidigen können. Ich vertrete die Auffassung, daß er dabei die Demokratie auf seine Art ausgelegt hat. Demokratie ist aber unteilbar. Mit den politischen Aussagen der Genossen Beck und Ristock bin ich nicht immer einverstanden gewesen. Aber ich setze mich mit Leidenschaft hier dafür ein, daß sie diese in unserer Partei äußern durften. (Beifall) Das Material, das uns der Genosse Neubauer empfohlen hat, habe ich eingesehen. Es überzeugt nicht als Grund zum Ausschluß. Ein Sofortausschluß nach drei Wochen sieht nicht nach innerparteilicher Demokratie aus. Wo war denn nach diesem Zeitraum Gefahr im Verzuge?

Noch ein Wort zur Solidarität, die Genosse Neubauer zitierte. Vor diesem Parteitag möchte ich mich mit der Genossin Kay und dem Genossen Abendroth solidarisch erklären, die aus Protest gegen den Ausschluß auf ihren Sitz im Landesvorstand Berlin verzichtet haben. (Beifall) Den Genossen des Landesvorstandes Berlin, die für den Ausschluß gestimmt haben, gestatte ich mir persönlich mein tief empfundenenes Mißtrauen auszusprechen. (Beifall)

PROF. WILLY BRUNDERT, HESSEN-SÜD:

Ich weiß, daß einige Länder bemüht sind, immer noch Hochschulgesetze zu schaffen, und sicher sollten wir als Partei die Möglichkeit nutzen, auf alle Länder einzuwirken, daß wir möglichst eine gleiche Gesetzgebung in den Bundesländern erhalten. Nur - und darauf will ich vor allen Dingen hinweisen - wäre es ein Trugschluß zu meinen, daß mit einer gesetzlichen Regelung das Problem gelöst wäre. Sicher müßte ein solches Gesetz

neue Formen des Berufungswesens finden, neue Formen der Forschung und der Stoffvermittlung, neue Formen der Mitbestimmung der Studenten. Aber wenn diese Gesetze den normalen legalen Weg gegangen sind, setzt für uns das Problem erst ein, wie wir auf neuer gesetzlicher Grundlage die Studenten für uns mobilisieren können.

GÖTZ EGGERS, SÜD-BAYERN:

Den Genossen Ristock, Beck und vielen anderen wurde ein parteischädigendes, unsozialdemokratisches Verhalten vorgeworfen. Ich muß aber fragen, ich muß vor allem die Genossen Mattick und Neubauer fragen, ob es denn etwa sozialdemokratisch ist, im vergangenen Jahr einen 2. Juni zu veranstalten, der eine große Erschütterung in weitesten Kreisen erregt hat. Ist es sozialdemokratisch, liebe Berliner Genossen, administrativ mit Vertretern der persischen Geheimpolizei zusammenzuarbeiten, die mit Stahlruten und Latten um sich gejubelt haben? Liebe Berliner Genossen, ist es etwa besonders beispieleerregend und reizt es zum Eintritt in die SPD, wenn man Richtungskämpfe in Messerschwingereien ausarten läßt? Liebe Berliner Genossen, man hat dann eine Gegendemonstration veranstaltet und hat argumentiert, indem man anderen vorwarf, daß sie schlampig gekleidet sind und Bärte tragen. Das ist eine reichlich schlechte Argumentation. Es ist uninteressant, ob jemand einen Bart hat oder nicht, und es ist uninteressant, ob jemand eine Hakennase hat oder nicht. Das erweckt schlechte Erinnerungen. (Sehr wichtig) Liebe Genossen, man hat den Genossen Ristock, Beck und anderen bestimmte Slogans, Plakate auferlegt und ihnen zugeschoben, von denen sich die Genossen ja dann distanziert haben. Dann aber muß man den verantwortlichen Berliner Genossen eigentlich auch die Plakate und Parolen zurechnen, die in der Gegendemonstration, in der sogenannten Jugenddemonstration, herumgetragen worden sind. (Beifall und Zurufe) Ich möchte hier noch an zwei Personen erinnern. In der letzten Haushaltsrede im Bayerischen Landtag hat der bayerische Innenminister, ein CSU-Mann, über die Studenten so abgewogen, so differenzierend sorgfältig gesprochen, daß es eine helle Freude war. Und dann habe ich selber den Präsidenten des bayerischen Verfassungsschutzes gehört, der nobel war, distanziert, so nobel wie hier der Genosse Blachstein. Liebe Genossen, ich meine, Sozialdemokraten sollten sich, auch wenn sie es in einem Frontstadtmilieu sehr schwer haben - das weiß ich, - eigentlich nicht unter den Standard eines CSU-Innenministers begeben. - Danke. (Beifall)

WOLFRAM SCHAUMANN, BRAUNSCHWEIG:

Franz Neumann sprach von der Notwendigkeit des Differenzierens, wenn es um die Fragen der Jugend geht. Ich bitte nun, nicht nur vom Differenzieren zu sprechen, sondern auch in den Reden sich etwas des Differenzierens zu befleißigen, also nicht nur über das Differenzieren zu reden, sondern auch zu differenzieren und nicht nur immer wieder die sogenannte kleine Minderheit anzusprechen. Ich bitte doch zu unterscheiden zwischen erstens denjenigen, die Fahnen schwenken und Plakate ver trampeln, die Scheiben einschlagen und die Bundesminister verprügeln wollen, und zweitens denjenigen, die auch gestern bemüht waren, in ein, wenn vielleicht nicht immer sachliches, so doch immerhin ehrlich bemühtes Gespräch zu kommen.

VERA RÜDIGER, HESSEN-SÜD:

Toleranz sollte eine Selbstverständlichkeit sein. Solange sie es nicht ist, ist ein Parteitag der legitime Ort, darüber zu diskutieren und zu versuchen, für die Zukunft solche Probleme nicht wieder aufkommen zu lassen. Aus diesem Grunde kann ich nicht die Meinung des Genossen Neubauer aus Berlin teilen, der bedauert hat, daß Franz Neumann hier das Problem der Berliner Ausschlüsse zur Sprache gebracht hat. Ich bin Franz Neumann dafür dankbar; denn ich weiß, daß unsere Mitglieder und Anhänger auf ein Wort von diesem Parteitag gewartet haben und daß unsere Mitglieder und vor allem unsere Anhänger uns daraufhin prüfen werden, wie wir zu diesem Problem Stellung genommen haben, (Beifall) und zwar ohne Hochpeitschen von Gefühlen. Kurt Neubauer hat hier die Parolen aufgezählt, die uns allen nicht gefallen, Parolen, die in Berlin, aber auch anderswo sichtbar und lesbar geworden sind. Aber er sagte, die Sozialdemokraten könnten bei einer solchen Vietnam-Demonstration nicht mitgehen. Er sagte, es werde kritisch, wenn Demokraten aufhörten, unter sich zu bleiben. Klar: Ich bedaure solche Parolen. Klar: ich

bedauere auch, wenn junge Leute mit Gefühlen solche Politik treiben. Aber eins sage ich auch: ich nehme es jungen Menschen nicht so übel, wenn sie mit Gefühlen Politik treiben, wie Erwachsenen, (Beifall) auch das soll ja vorkommen.

KURT GSCHIEDLE, HESSEN-SÜD:

Es wurde über die Studentenunruhen gesprochen. Ich darf wegen Zeitbeschränkung nur darauf hinweisen: diese Dinge sind zu relativieren auf den Begriff der Studenten, auf den Begriff der Jugend und auf den Begriff der Unruhe insgesamt.

ALFRED SCHULZ, SCHLESWIG-HOLSTEIN:

Ich meine aber, es ist nicht richtig, wenn der Genosse Sickert so etwas von oben herab meinte: Wir sind ja bereit, den Studenten zu helfen. Ich glaube, die Studenten sind viel zu selbstbewußt. Sie werden darauf wohl nicht gerade günstig reagieren. (Beifall) Ich meine auch nicht, daß es richtig ist, wenn Helmut Schmidt sagte: Wir werden mit den Studenten diskutieren, aber wir werden diejenigen dazu nicht einladen, die von vornherein unseren Staat negieren.

PROF. DR. HORST EHMKE, BADEN-WÜRTTEMBERG:

Ich gehöre nicht zu den Leuten, die klug scheißen, wenn sie weit vom Ort sind und dann immer besser wissen, wie man es machen kann. Aber in einem Punkt bin ich doch, glaube ich, anderer Meinung oder vielleicht sehe ich die Dinge etwas anders. Ich bin nämlich der Meinung, daß wir uns nicht - und das ist für die, die unmittelbar in der Auseinandersetzung stehen, schwerer als für die, die weiter weg sind - von diesen Aktionen, Klaus, in eine Enge und in eine defensive Haltung drängen lassen dürfen, die, glaube ich, an der Gesamtproblematik, vor der wir stehen, vorbeigeht. Das ist meine Sorge. Ich verstehe den Wunsch nach Klarheit. Ich verstehe den Wunsch nach Einfachheit. Aber die Situation ist eben verwirrt. Es ist eine Umbruchsituation da. Darüber, daß irgendwo Schluß sein muß, sind wir uns alle einig. Schwierig wird es dann bei der Frage, wo Schluß sein soll. Meine Meinung ist, wir sollten diese Grenze so weit wie nur irgend möglich hinausschieben. Volkspartei kann nicht heißen, daß wir nach rechts offen sind und nach links ängstlich abschirmen.

DR. KNULP GOSKE, NIEDERRHEIN:

Genossinnen und Genossen, zurück zu den "Perspektiven"! Ich habe es persönlich als ungemütlich empfunden, heute die Neufassung auf den Tisch zu bekommen und das Gefühl zu haben, daß ich hier auf diesem Parteitag beschließen müsse. Ich darf aber auch etwas an den Charlottenburger Entwurf erinnern, der mir im Hinblick auf die eben gemachten Erörterungen in manchen Punkten durchaus sympathischer ist als der Entwurf, der hier vom Parteivorstand auf dem Tisch liegt. Vielleicht war es Absicht, vielleicht ein Versehen: In dem, was wir vom Parteivorstand bekommen haben, steht in Klammern: "Erster Versuch eines linken Kontrastprogramms". Genossinnen und Genossen, für mich ist der Charlottenburger Entwurf noch rechts vom Godesberger Programm. Wo hier das linke Kontrastprogramm ist, weiß ich nicht.

OSKAR LANFONTAINE, SAAR:

Viele unserer Genossen scheint die Frage zu bewegen, warum sich die Kritik der Studenten denn gerade und vor allem gegen die Sozialdemokratische Partei richtet. Genossinnen und Genossen, die Antwort darauf ist sehr leicht. Ich will es mit einem Beispiel versuchen: Man fühlt sich nur von der Frau betrogen, die man einmal geliebt hat. (Heiterkeit und Beifall) Das ist nämlich die Situation, und von dort rührt dieses Unbehagen her, und daher kommt auch diese Kritik gegen die Sozialdemokratische Partei.

KLAUS RIEBSCHLÄGER, BERLIN:

Genossinnen und Genossen! Wir brauchen hier nicht darüber zu streiten, daß jedermann das Recht auf Kritik hat. Aber wir sollten hier auch nicht darüber streiten, daß jeder Kritik eine fundierte Auseinandersetzung mit den Dingen vorauszugehen hat, die man dann anschließend kritisiert.

Genau das, Genossen, vermißt man, wenn eine Diskussion so läuft wie hier im Hinblick

auf Berlin, daß Genossen Beifall von Delegierten bekommen können, obwohl sie im Vor-satz erklären können, sie seien weit entfernt von den Dingen und hätten von den Einzelheiten keine Vorstellungen. Genossen, diese Art, dann anschließend Beifall zu spenden, führt allerdings für mich zu dem Schluß, daß die Gruppe, die für sich sonst in Anspruch nimmt, die Ratio zum Erzengel erklärt zu haben, hier eine Wendung zum Irrationalen vorgenommen hat. Deswegen laßt mich dazu beitragen, daß im Anschluß an diesen Parteitag niemand sagen kann, es habe von Berlin aus niemand den Versuch unternommen, ihn sachlich über das zu orientieren, was selbst in Arbeiterbezirken dazu geführt hat - gerade in dem Bezirk, aus dem Franz Neumann stammt, einem sogenannten linken Bezirk, falls wir schon im Parteijargon bleiben müssen- , dies als ganz grob parteischädliches Verhalten zu kennzeichnen.

In Berlin laufen also die Richtungskämpfe nicht so: links-rechts, wie man bestrebt ist, diese Diskussion zu führen, sondern so: Arbeiterlinke, sogenannte Rechte und dann - wenn ihr wollt - eine sogenannte intellektuelle Linke, die aber in diesem Falle weitgehend auf die Unterstützung von Kräften angewiesen ist, die sich Solidaritätskundgebungen verschaffen, weil sie selber mitgewirkt haben. Wenn das sehr überzeugend ist, Genossen, dann allerdings vermag ich daran zu zweifeln, ob das kritische Bewußtsein der Genossen, die zu Parteitagen delegiert sind, ausreichend gestaltet ist, um über den Schatten der eigenen Gruppierung hinauszuspringen. (Zurufe und Pfui-Rufe)

Das, was tatsächlich geschah, ist - wie einige wissen werden, aber leider anscheinend nicht alle - dadurch geprägt worden, daß als aktuelle Ziele des Kampfes in Europa vom SDS unter der Unterstützung von SHB, GSG, HSU und anderen Gruppen Kampf gegen die NATO, Verschärfung des Klassenkampfes und Bekämpfung der sozialdemokratischen Ideologie im Vordergrund standen, und zwar verankert in einem Flugblatt, das allen Genossen, die hier betroffen sind, nämlich dem Genossen Ristock und dem Genossen Beck, in einer zwei Tage vor dieser Demonstration stattfindenden Landesausschußsitzung vorgelegen hat. Auch das ist belegt, Genossen. Und wenn das belegt ist, dann sollte sich doch vielleicht mancher überlegen, ob nicht die Etiketten, unter denen dieser Kongreß gelaufen ist, auch und gerade linke Sozialdemokraten abhalten sollten, die nicht in einen Topf geworfen werden wollen mit Kräften, die "links" immer als Tarnung für Vorstellungen im Munde führen, die aber mit links im besten Sinne der deutschen Arbeiterbewegung nichts gemein haben. Ich glaube, wir sollten hier diese Abgrenzung genauso hart vornehmen, wie sie mir auf der rechten Seite vorgenommen zu sein scheint. Ich kann dem Genossen Ehmke nicht folgen, der sagt, nach rechts hätten wir keine Abgrenzung. In Berlin ist die Abgrenzung nach rechts sehr klar, Genossen. Die NPD stellt sich bei uns nicht nur Wahl, weil sie keine Chance hat, und die SED bleibt bei 1,9 %.

Ich glaube, diese Diskussion, die hier nur dauernd die Folgen berührt, aber nicht zu den Voraussetzungen Stellung nimmt, ist schief, Genossen. Wir sollten auf einem Bundesparteitag nicht den Eindruck erwecken, als solle hier eine doppelbödige Diskussion geführt werden, die niemanden anders nutzen kann als Leuten, die nun wirklich mit der Sozialdemokratie nichts gemein haben. Schönen Dank.

HARRY LIEHR, BERLIN:

Seit Monaten wird die Bevölkerung von Berlin von einer extremen Minderheit geradezu drangsaliert. Das, was am 18. Februar geschehen ist, ist gewissermaßen der i-Punkt auf eine Entwicklung gewesen, die wenige Tage danach eben auch, wenn man so will, einen explosiven Charakter gefunden hat. Man muß doch einmal die Frage zulassen, wie lange der Bevölkerung einer Stadt, die eine solche Vergangenheit hat wie Berlin, etwas Derartiges zugemutet werden kann. (Beifall) Auch am 18. Februar - und das ist, glaube ich, auch durch den letzten Beitrag meines Freundes Klaus Riebschläger noch zum Ausdruck gekommen - war der Initiator der SDS, derselbe SDS, gegen dessen Vorsitzenden ein gutes Dutzend Strafverfahren verschiedenster Art allein in Berlin anstehen, derselbe SDS, dessen Mitglieder Scheiben einwerfen und der seine Mitglieder über die Herstellung von Molotow-Cocktails unterrichten läßt, der will nicht diskutieren, sondern der will eindeutig zerstören, (Beifall) und wer zerstören will, der muß die ganze Autorität des demokratischen Staates zu spüren bekommen.

Hier geht es auch um das Schicksal unserer Partei, aber nicht nur um das Schicksal un-

serer Partei, sondern es geht auch um die Frage, ob Sozialdemokraten in der Öffentlichkeit glaubhaft bleiben und ob sie weiterhin auf das Vertrauen der Bevölkerung rechnen können, damit sie nicht über kurz oder lang den Charakter einer politischen Sekte einzunehmen brauchen. Deshalb, Genossinnen und Genossen, bitte ich sehr herzlich um Vertrauen für den Senat von Berlin und für die Partei von Berlin.

WILLY BRANDT, VORSITZENDER DER SPD:

Im übrigen, so eindrucksvoll das in einem Diskussionsbeitrag war, - das Mitlaufen von Sozialdemokraten in einer gegnerischen Kundgebung mit umgehängten Schildern "Ich bin SPD-Mitglied" oder "Ich bin noch SPD-Mitglied" zu vergleichen mit Randerscheinungen einer Kundgebung, zuder die Partei oder der Senat aufruft, - das sind zwei verschiedene Vorgänge! Ihr habt alle im Laufe der Jahre schon Kundgebungen veranstaltet, Wahlkundgebungen und andere Kundgebungen, Kundgebungen zum 1. Mai und andere, an deren Rand sich Leute und Gruppen manchmal auch so mit Transparenten gezeigt haben, die man nicht immer abschütteln kann. Das ist ein Vorgang, den jeder im Laufe seines politischen Lebens kennenlernt. Das ist - das muß hier jeder zugeben, wenn wir die Begriffe nicht durcheinanderbringen wollen - etwas anderes, als wenn ich mir als Sozialdemokrat ein Schild umhänge "Ich bin SPD-Mitglied" oder "Ich bin noch SPD-Mitglied" und dort mitlaufe, wo gegen die Demokratie und gegen die "Senatsfaschisten" aufgerufen wird. Dies halte ich überhaupt für den gravierendsten Punkt. Man kann über viele Dinge verschiedener Meinung sein: daß dort, wo die Aggressivargumentation mit dem Sozialfaschismus in die Debatte kommt, die Sozialdemokraten zusammenstehen und zusammen zurückschlagen müssen.

===== anzeige =====

Bei der Republikanischen Clubgesellschaft mbH und bei der EXTRA-Dienst GmbH sind noch Restbestände an Plaketten vorrätig. Wiederverkäufer erhalten einen Rabatt von rund 30 Prozent. Folgende Plaketten sind lieferbar:

ENTEIGNET SPRINGER	(Einzelverkaufspreis DM 1,50)
ICH LIEBE POLIZISTEN	(DM 1.00)
AUCH ICH GEHÖRE ZUR ANERKENNUNGSPARTEI	(DM 0.50)
SEID NETT ZUEINANDER - SAGT DDR	(DM 0.50)
DDR ANERKENNEN!	(DM 0.50)
AMI GO HOME - RAUS AUS VIETNAM	(DM 0.50)

Republikanischer Club GmbH, 1 Berlin 15, Wielandstraße 27, Telefon 883 54 33
EXTRA-Dienst GmbH, 1 Berlin 15, Wielandstraße 27, Telefon 883 40 74

===== bestellschein =====

Ich bestelle ab 1968 den Berliner EXTRA-Dienst bis auf weiteres, mindestens jedoch für drei Monate zum monatlichen Inlandsabonnementspreis von DM 5.00 (Auslandsabonnement: DM 6.00; Luftpost-Abonnement Ausland: DM 10.00). Der Dienst ist zu meiner persönlichen Information bestimmt. Journalistische Auswertung nur nach Sondervereinbarung. Das Abonnement kann jeweils zum 1. eines Monats, jedoch spätestens am 15. des Vormonats, gekündigt werden.

Den Abonnementspreis überweise ich im voraus auf das Konto der Westberliner Zeitungsgesellschaft mbH bei der Bank für Gemeinwirtschaft, Berlin 12, Kontonummer 4712, (Postscheckkonto der Bank: Berlin West 828 00).

NAME:
WOHNORT: ()
STRASSE:
DATUM: UNTERSCHRIFT: